

Deutscher Bundestag

**Drucksache 14/ ...
14. Wahlperiode**

Antrag

der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Nachhaltige Energieforschung

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Neuorientierung wesentlicher Politikfelder der deutschen Politik auf das Ziel der Nachhaltigkeit. Insbesondere begrüßt der Bundestag die Neuausrichtung der Energiepolitik von einem Ausstieg aus der Atomenergie hin zu einem neuen Entwicklungspfad: dem wesentlich größeren Anteil an erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Energieeinsparung, sowie effizienten Energiedienstleistungen. Im Kontext und in der Folge dieser neuen Politik ist es nun auch erforderlich, die Energieforschungspolitik zu überprüfen und neu zu justieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die nationale Energieforschungspolitik neu zu gewichten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in dieser Legislaturperiode die Mittel für die Erforschung der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz sowie effizienter Energiedienstleistungen entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates um 30% aufzustocken (Basis 1999; Projekt- und institutionelle Mittel). Die Mittel für die Fusionsforschung sollen vertragsverträglich für erneuerbare Energien umgewidmet werden. Der Bundestag erwartet einen schnellen Ausstieg aus der Atom- und Fusionsforschung, soweit diese nicht der sicherheitstechnischen Forschung bestehender Anlagen dient.

Gab es in der Vergangenheit einen überhöhtigen Anteil von Forschungsmitteln für Atom, Fusions- sowie Forschung an nicht erneuerbaren Energieträgern, soll dieses Verhältnis künftig neu bestimmt werden: Der deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, innerhalb der laufenden Legislatur 80% seiner für Energieforschung eingesetzten Mittel für die Erforschung der erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz, effizienten Energiedienstleistungen sowie Energieeinsparungsmöglichkeiten einzusetzen.

2. Auch in der EU darauf hinzuwirken, dass die Mittel für die europäische Energieforschung ebenfalls neu gewichtet werden.

Als einen ersten Schritt zur Neuorientierung auch auf europäischer Ebene erwartet der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung bei den anstehenden Verhandlungen zum sechsten Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, dass sich die deutsche Delegation dafür einsetzt, den Anteil der Forschungs- und Demonstrationsmittel für erneuerbare Energien auf mindestens 70% des Energieforschungsbudgets (für nukleare und nicht nukleare Energien gesamt, incl. EURATOM) zu erhöhen und den Anteil für nicht erneuerbare Energien entsprechend zu senken.

Dies schließt eine entsprechende Neugewichtung des nationalen Anteils der Mittel für die Fusionsforschung (ITER) ein.

3. Um die Wirksamkeit der nationalen Forschung an effizienten Energiedienstleistungen, Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbareren Energien zu verbessern, erwartet der Deutsche Bundestag eine deutliche Verbesserung der Koordination unter Beteiligung der Regierungsfractionen und die Zusammenführung der in Deutschland auf mehrere Ministerien verteilten Mittel und Zuständigkeiten für Energieforschung im Bundesministerium für Bildung und Forschung bis zum Ende der Legislaturperiode. Hierzu sollte eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Regierungsfractionen die Arbeit zügig aufnehmen.